**Zeitschrift:** Die Berner Woche

**Band:** 31 (1941)

**Heft:** 49

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# POLITISCHE RUNDSCHAU

## 0,8 Prozent von 15 Milliarden

-an- Fünfzehn Milliarden, so wird geschätzt, werden in der Schweiz nicht versteuert. Durch die "Besteuerung an der Quelle", über die viel gesprochen und geschrieben wird, will man diese Milliarden heranziehen, damit endlich ein Unrecht gutgemacht werde, das den ehrlichen Steuerzahler zusätzlich belastet. Bei dem ungeheuren Geldbedarf der Eidgenossenschaft, der Kantone, der Gemeinden, ist freilich zu fragen, wer alles die 600 Millionen, so viel dürfte der Ertrag von 15 Milliarden zu vier Prozent ausmachen, für sich anzapfen und einen Fünftel für den Fiskus davon nehmen möchte. Und überlegt einer, welche neuen Ausgaben "eigentlich" notwendig wären, um alle möglichen Pflichten der Oeffentlichkeit zu erfüllen — wir denken an soziale Ausgaben —, dann zuckt man die Achseln. Es ist eben doch so, dass mit dem Griff auf die unbesteuerten Vermögen eine der schlecht ausgenützten Finanzquellen besser ausgenützt würde, dass aber damit das bedenkliche Problem der immer wachsenden öffentlichen Finanzansprüche nicht grundsätzlich gelöst wäre.

Am schweizerischen Gewerkschaftskongress wurde über die Frage gesprochen, welchem Zwecke die Lohnausgleichskasse dienstbar gemacht werden solle, ob der künftigen Altersversicherung, die Hunderte von Millionen verlangt, alljährlich, selbst bei bescheidenen Renten, oder der Arbeitsbeschaffung. Man sieht, mehr als einen Bruchteil an diese Summe würde man aus den defraudierten 15 Milliarden nicht herausholen. Und wenn man die Erträge der Lohnausgleichskasse, die zweifellos verewigt werden, dazu zählen wollte, käme die Summe dennoch nicht zustande, die wir für die Alten brauchen — besser, brauchen würden.

Halten wir fest, dass zwar die Steuerquellen gerecht und gleichmässig herangezogen werden müssen, dass aber nichts fliessen wird, wenn nicht all diese Quellen im notwendigen Umfange fliessen. Und sie fliessen nur, wenn "die Geschäfte gehen". Alle Geschäfte. Auch die der Zinsenverdiener. Unser wirtschaftlicher Apparat ist ein ausserordentlich kompliziertes Zusammenspiel der verschiedensten Vorgänge, und jede Störung im kleinsten Sektor kann sich auf andere Sektoren übertragen. Frage ist nur, welche Sektoren die kleinen Störungen am wenigsten vertragen. Man kann sich beispielsweise fragen, ob die vom Bundesrat noch verschärfte und allen Begehren gegenüber festgehaltene Umsatzsteuer nicht den "Sektor der Löhne" (vor allem die Kaufkraft der grossen Familien) nicht mehr störe als die von links geforderte Luxussteuer.

## Schicksalsschlachten von Moskau und Tobruk

Es wird immer deutlicher, dass die pausenlos sich folgenden Schlachten westlich von Moskau auf der einen und die noch unentschiedene libysche Wüstenschlacht zu eigentlichen politischen Entscheidungskämpfen geworden sind. Je nach ihrem Ausgang werden in verschiedenen Hauptstädten der Welt die Würfel fallen, und entweder eine Ausweitung des Krieges mit gefährlichen Folgen für die angelsächsischen Mächte oder aber einen Wendepunkt andeuten, wie ihn die Achsenmächte nicht wünschen können. Es geht heute darum, auf welche Seite Japan und Frankreich fallen. Japan als Macht, deren maritime Kräfte den Amerikanern unter-

legen scheinen, deren "Dynamismus" und "Patriotismus" aber unberechenbare Faktoren in sich schliessen und überraschende Leistungen versprechen, Frankreich als Besitzerin jener nordafrikanischen Länder, deren Besitz die Sperrung des Mittelmeers für England und die Einleitung einer grossen Eroberungsaktion in der ganzen Breite des schwar-

zen Erdteils ermöglicht.

Derlei Grossoperationen haben zur Voraussetzung die Mithilfe Frankreichs — und Frankreich zaudert, allen Meldungen zum Trotz, immer noch. Genau so wie Japan zaudert, solange nicht feststeht, ob es Deutschland möglich sein werde, quer über den asiatischen Kontinent hinweg militärische Hilfe zu leisten für den Fall, dass Japans Armee die ihr gestellten Aufgaben nicht allein bewältigen könnte. Und: Vor allem in der Luft und durch den Landtransport von Kleinschiffen auch in die Kämpfe zur See und über den Inseln einzugreifen. Dies ist die Situation, deren Entwirrung je nach dem Ende der sechsten deutschen Offensive vor Moskau und der libyschen Panzerschlachten verlaufen wird. Man kann sagen:

Frankreich und Japan werden sich nach einem deutschen Siege auf der Achsenseite in den Krieg einschalten, nach einer deutschen Niederlage vor Moskau und in Libyen aber bemühen, so oder so ausserhalb des Spiels zu bleiben.

Die Verhandlungen in Washington haben eine dramatische Wendung genommen. Zuerst schien es, als ob Amerika Japan eine Pause von einigen Monaten vorschlagen werde, offensichtlich, um Zeit zu gewinnen; in drei Monaten könnte die eigentliche Entscheidung in Russland fallen, und entweder müsste Japan sein Spiel umstellen, oder es schlüge zu, und die USA müssten in die bittere Pille beissen und selbst Krieg führen, statt die andern sich schlagen zu lassen und zu Hause Rüstungsgeschäfte auf Kosten der eigenen Staats-Schuld zu machen. Dem Plane Amerikas traten die Chinesen entgegen. Tschiang-Kai-Scheck ist überzeugt, die Japaner zu Lande mit Sicherheit schlagen zu können, wenn der Strom amerikanischen Materials einmal in seiner ganzen möglichen Stärke nach Innerchina fliesst und wenn das blockierte Japan nichts mehr erhält. Er hegt auch den Glauben an die Ueberlegenheit der verbündeten Flotten der USA, Englands und der Niederlande. Seine Delegation, geführt von dem genialen Finanzminister Soong, scheint eines Tages die chinesische Höflichkeit beiseite gelegt und mit Argumenten aufgewartet zu haben, die im Weissen Hause wirkten. Spätere Geschichtsschreiber werden sich mit Eifer um die Frage bemühen, was Soong gesagt haben mag. Hat er mit einer Einigung Tschiangs und Japans, mit einer Kapitulation Tschungkings zugunsten des japanischen Führungsanspruches gedroht? Genug, was er gesagt, wirkte, und der japanische Botschafter Nomura und der Sondergesandte Kurusu vernahmen, dass Amerika auf seinen Forderungen bestehe, also die Räumung Chinas von seiten der japanischen Armee verlange.

Daraufhin stand das Thermometer auf Kriegsausbruch. Die britischen Armeen in Singapur und Hongkong hoben die Urlaube auf und verfügten Alarmbereitschaft. Die Armee und Flotte von Niederländisch Indien erhielten den Mobilisationsbefehl. Die philipinischen Häfen wurden vermint. Das australische Kriegskabinett wurde einberufen. In Tokio tagte die Regierung in Permanenz. Die Zeitungen Japans agitierten mit letzter Schärfe und sprachen vom kaum mehr vermeidbaren Kriege. In USA brach Roosevelt seinen Urlaub ab und hielt Sitzungen mit der Armeeführung ab.

Die Heimkehr der Japaner aus den britischen und amerikanischen Ländern, die Heimkehr der Amerikaner aus kriegsgefährdeten Gebieten wurde beschleunigt.

Aber bis zum 4. Dezember brach der Krieg nicht aus, und wir hegen die Vorstellung, dass er nicht ausbrechen werde, bevor die Nachrichten aus Russland und Libyen eindeutiger als bisher für die Sicherheit des deutschen End-

erfolgs sprechen.

Eine Parallelentwicklung verfolgen wir in Frankreich. Der Berliner Besprechung, der Reise Pétains und Darlans ins besetzte Frankreich, folgte die Zusammenkunft Pétains mit Feldmarschall Goering. Die Aeusserungen der verantwortlichen französischen Staatsmänner und Goerings sehen so aus, als sei wirklich ein neuer Markstein in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wirklich eine lebendigere Bereitschaft Vichys, das neue Europa im Sinne der deutschen Pläne zu akzeptieren, vorhanden. In Amerika deutet man jeden Schritt Pétains pessimistisch. Der Senator Gillette, der öffentlich behauptet, Japan brauche einigen Zeitgewinn und verhandle nur, um USA hinzuhalten, ist der Ansicht, spätestens im Januar werde Frankreich seine Flotte an die Deutschen ausgeliefert haben.

Wir betonen, dass es nicht so weit ist, und dass Frankreich auf einen ernstlichen Druck Berlins je nach den Resultaten der libyschen Schlacht halsstarriger oder bereitwilliger reagieren wird.

Zusammenkünfte und Worte sagen noch nichts und die Aussichten auf einen "vorläufigen Frieden" oder die Heimkehr der französischen Gefangenen haben sich bis zum heutigen Tage als Gerüchte erwiesen. Es wird ja wohl eifrig verhandelt, aber auch eifrig gemarktet, und wenn irgendwo Offensiven in der Schwebe liegen, wird keiner bindende Versprechungen geben. Vor allem Pétain nicht, der die Handhaben des Waffenstillstandsvertrages nicht fahren lässt; bevor ihm bessere — und sicherere — geboten werden. Ganz abgesehen davon, dass die Erben Weygands in Afrika ihre eigene Meinung über die Veränderung der Beziehungen haben.

Es fragt sich heute in Vichy jedermann, wie die Schlacht in Libyen zu Ende gehen werde und niemand fragt sich in England, in Italien oder Deutschland gespannter, als es die Franzosen tun.

Die britische Ueberlegenheit scheint heute bewiesen zu sein. Bewiesen ist aber auch die ausserordentliche Tatkraft und Geschicklichkeit des Generals Rommel und die Zähigkeit der schwer mitgenommenen Italiener. Die Stärke seiner Position beruht darauf, dass er nur einen Teil seiner Streitkräfte östlich von Tobruk stehen hatte. Die Masse der motorisierten Infanterie, bedeutende Artilleriebestände und eine der Panzerdivisionen hielten anscheinend westwärts, im Raume von Derna. Diese Aufstellung ergab sich logisch aus den Notwendigkeiten des Belagerungskrieges vor Tobruk.

Den vorstossenden britischen und Empiretruppen, bei denen auch Gaullisten, Tschechen und Polen stehen, vereinigten sich nördlich von Sidi Rezegh mit der ausfallenden Tobruker Garnison. Bis zum 2. Dezember betrug der Gürtel, den die beiden Armeen südlich von Tobruk quer über die Versorgungsstrassen gelegt, in der Breite 16 km. Die Falle" schien also geschlossen. Die im Dreieck Tobruk-Sidi Omar-Sollum stehenden Achsentruppen mussten, da sie nur auf dem Luftwege versorgt werden konnten, mit der Zeit aufgerieben werden. "Als Kommandant müsste ich mir eine idealere Versorgung als nur aus lokalen Depots wünschen", ironisierte ein Engländer die Lage des Gegners. Zwei Hauptzentren des Kampfes zeichneten sich innerhalb des Ringes ab: An der Grenze, wo die Italiener Sollum, den Halfayapass und die beiden Sidi Omar frontal hielten, aber im Rücken gefasst waren, sodann südöstlich von Tobruk. Hier versuchten die Panzerkräfte, zuerst in zwei Kolonnen, westlich durchzubrechen, wobei die italienische Division

"Ariete" halb aufgerieben, die Division "Bologna" von den ausfallenden Tobruktruppen schwer mitgenommen, die 21. deutsche Panzerdivision ebenfalls schwer geschädigt wurden.

Inzwischen griff General von Rommel aus dem Raume westlich von Tobruk, vor allem mit motorisierter Infanterie und verstärkten Luftkräften, aber auch mit der noch nicht abgenützten 15. Panzerdivision in das Ringen ein, durchbrach am 3. Dezember den Sperrgürtel, vermochte Tobruk neuerdings einzuschliessen und vor allem die Reste der aus dem Osten kommenden Panzerkräfte herauszuhauen. Die Wendung war für die Engländer peinlich. Aber General Cunningham bagatellisierte die Etappe als eine von den Deutschen gewonnene Runde und verhiess eine weitere. Was er unternehmen wird, ist nicht ersichtlich, aber auch nicht, ob das Afrikakorps Reserven genug besitzt, um allenfalls in raschem Vorstoss auch die an der ägyptischen Grenze belagerten Abteilungen zu befreien. Es kommt auf die weitern Einsatzmöglichkeiten, auch auf britischer Seite, an. Ob man die von den Oasen bis zur Küste südlich von Benghasi vorgestossenen Patrouillen als Vorboten eines so weit ausholenden Umfassungsflügels betrachten darf, weiss man nicht. Wäre dies der Fall, dann stünden die Achsenkräfte in ihrer Gesamtheit dort, wo bisher nur die Abteilungen östlich von Tobruk gestanden, in einer neuen, grössern Falle. Für die Engländer stellt vor allem die Unterbindung ihrer See-Versorgungslinie über Tobruk eine nicht unbedenkliche Behinderung dar. Berlin zeigt sich daher seit dem 4. Dezember zuversichtlicher.

Grössere Bedeutung als die libysche hat in deutschen Augen die russische Entscheidung. Wir stellen fest, dass die "sechste Offensive" der Armee von Bocks die heftigste gewesen und dass sie die bisher gewichtigsten Erfolge gebracht. Wir haben aber gleichzeitig festzustellen, dass diese Erfolge, selbst was die Eroberung der russischen Hauptstadt angeht, nichts entschieden haben. Der deutsche Militärsprecher teilt mit, man könnte von einer gewissen Spitzenstelle der deutschen Panzer den Kreml sehen. Nun sieht einer mit dem Feldstecher auch das Berner Münster auf 50 km Distanz. Es handelt sich bei dieser Spitzenstellung offenbar um die Position südlich von Klin, wo der Angriff bis nahe an den Moskau-Wolgakanal vorgedrungen war. Eine ähnliche Lage bestand im Süden. Dort hatten Einbruchabteilungen zwischen Tula und Stalinogorsk nahezu eine Umzingelung Tulas erreicht, als die russischen Gegenstösse einsetzten. Am 4. Dezember standen die Dinge so, dass die Russen von Kalinin her den Keil östlich von Wolokolamsk-Klin durch einen Flankenangriff aus dem Norden beinahe wieder "abdrückten" und zugleich einen deutschen Entlastungs-stoss aus der Richtung Moschaisk frontal zurückschlugen. Gleichzeitig wurde auch der Keil bei Tula durch Angriffe beiderseits Stalinogorsk "abgeflacht".

Entscheidend an diesen Kämpfen ist die Tatsache, dass die Russen mit unverminderter Kraft widerstehen, dass ihnen die Reserven nicht auszugehen scheinen und dass sie ihr Material immer wieder ergänzen. Vergleicht man vor allem das Tempo des deutschen Vordringens mit jenem der ersten Wochen, dann darf man, räumlich gesprochen, nur noch von Prozenten sprechen.

Ein Licht auf die beidseitigen Reserven wirft die Wiedereroberung von Rostow durch Timoschenko. Deutsche Stellen sprechen ausser von der Guerilla von grosser zahlenmässiger Ueberlegenheit der Russen in diesem Sektor, den die "nicht mehr vorhandene Armee Budjenny" verteidigt. Das besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass die Russen wagten, unbekümmert um die Lage bei Moskau, Massen von Material und neue Truppen nach dem Süden zu werfen. Für die beobachtenden Japaner dürften solche Feststellungen wenig ermutigend sein und ihre Entscheidung wird sicher dadurch nicht beschleunigt.